

Meinungsforschung und direkte Demokratie

Autor(en): **Schmidtchen, Gerhard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft**

Band (Jahr): **10 (1970)**

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-171560>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

MEINUNGSFORSCHUNG UND DIREKTE DEMOKRATIE *

GERHARD SCHMIDTCHEN

Professor an der Universität Zürich

I. Wachsendes politisches Interesse und seine Konsequenzen

Seit Beginn der sechziger Jahre steigt das politische Interesse. Eine Messung im Jahre 1959 ergab für die Bundesrepublik Deutschland: 29 Prozent der Erwachsenen ordneten sich als politisch interessiert ein, und 35 Prozent erklärten rundheraus, das sei nicht ihr Interesse. Die Fraktion der Interessierten ist bis zum Jahre 1970 auf 44 Prozent gestiegen, die Zahl der Desinteressierten auf 16 Prozent gesunken.

*Tabelle 1
Bundesrepublik mit West-Berlin
Bevölkerung ab 16 Jahren*

*Frage: « Einmal ganz allgemein gesprochen: Interessieren Sie sich für Politik? » **

	Juni 1952	Mai 1959	Jan. 1960	Febr. 1962	Apr. 1962	Aug. 1962	Nov. 1962	Dez. 1962	Apr. 1965	Aug. 1965	Sept. 1965	Sept. 1965	Nov. 1965	Juni 1967	Okt. 1967	Nov. 1967	Nov. 1969
Ja	27	29	30	27	31	30	34	37	31	35	39	39	35	39	37	38	44
Nicht beson- ders	41	36	40	40	44	40	41	39	41	43	43	44	42	40	35	43	40
Gar nicht/ Nein,	32	35	30	33	25	30	25	24	28	22	18	17	23	21	28	19	16
	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

* Bevölkerung ab 18 Jahre.

Quelle : Repräsentativumfragen unter rund 2000 erwachsenen Personen. Ausnahmen: Juni 1952 und Mai 1959: unter 1000 Personen; im September 1965 zwei sukzessive Umfragen vor den Bundestagswahlen; Politische Studien des Instituts für Demoskopie Allensbach.

* Referat, gehalten anlässlich der Generalversammlung der Schweizerischen Vereinigung für politische Wissenschaft, Februar 1970.

Die Zahl der politischen Gespräche nimmt zu. In der Südwestecke des Bundesgebietes berichteten im Jahre 1959 11 Prozent der Badener, sie unterhielten sich im Bekanntenkreis, in der Familie häufig über Politik. Anfang 1970 erklärten 22 Prozent, sie nähmen am politischen Gespräch regen Anteil.

Tabelle 2
Stimmberechtigte in Baden

Frage : « Unterhalten Sie sich manchmal über Politik ? »

	<i>Frühjahr 1959</i>	<i>Frühjahr 1962</i>	<i>Winter 1969/70</i>
Ja, häufig	11 %	14 %	22 %
Ja, gelegentlich	39 %	44 %	47 %
Nein, kaum	50 %	42 %	31 %
	100 %	100 %	100 %

Basis: Frühjahr 1959 und Frühjahr 1962: jeweils rund 2000 Personen, Winter 1969/70: rund 4000 Personen.

Quelle : Institut für Demoskopie Allensbach: Die Stimmung in Baden 1970. Trendbeobachtungen über Stärke und Motive der altbadischen Bewegung. IfD-Bericht 1656/II, Tabelle A 31.

Das Niveau des politischen Interesses ist in der Schweiz gegenwärtig kaum höher als in der Bundesrepublik. Bei einer etwas abweichenden Fragestellung erklären 30 Prozent der Schweizer Bürger « Politik interessiert mich », 28 Prozent sagen « etwas », 21 Prozent « nicht besonders » und weitere 21 Prozent « überhaupt nicht ». Eine exakte Vergleichsfrage ist in der Bundesrepublik im Jahre 1964 gestellt worden, als das politische Interesse noch etwas geringer war. Es zeigten sich verwandte Grössenverhältnisse.

Tabelle 3
Bevölkerung ab 16 Jahre

Frage : « Einmal ganz allgemein gesprochen : Interessieren Sie sich für Politik ? — Würden Sie sagen : »

	<i>Bundesrepublik Deutschland einschl. West-Berlin April 1964</i>	<i>Schweiz (ohne Tessin) Frühsommer 1969</i>
« Ja, interessiert mich sehr »	25 %	30 %
« Etwas »	31 %	28 %
« Nicht besonders »	26 %	21 %
« Überhaupt nicht »	18 %	21 %
	100 %	100 %

Quellen : Deutschland: Institut für Demoskopie Allensbach, IfD-Umfrage 1088, rund 2000 Interviews.

Schweiz: Psychologisches Institut der Universität Zürich, Umfrage über die Einstellung der Schweizer zur Entwicklungshilfe (297), rund 1500 Interviews (gew. = 3652).

Wie erklärt sich die Intensivierung des politischen Interesses? Drei miteinander verbundene Ursachen sind massgebend:

1. Die Menschen haben das Gefühl, auf einer konfliktreichen, bedrohten Welt zu leben. Bedrohung aber aktiviert zunächst das Interesse an Informationsaufnahme, um gleichsam kognitiv der Bedrohung Herr zu werden. So sorgen die weltpolitischen Nachrichten langsam für ein Ansteigen des Interesses, aber auch grosse innenpolitische Konflikte, wie in Deutschland die Spiegel-Affäre des Jahres 1962; sie weckte plötzlich das politische Interesse.

2. Der gesellschaftliche Wandel macht die Auswirkungen der Politik auf eine sehr unvermittelte Weise spürbar, insbesondere die politischen Versäumnisse. Davon erfährt der Staatsbürger etwas, wenn er gezwungen ist, entweder teurer oder weit entfernt von seinem Arbeitsplatz zu wohnen, wenn er auf verstopften Strassen fährt, wenn sich im Alter sein Lebensstandard unter eine sozial erträgliche Grenze senkt, wenn Kinder keine Plätze in den Kindergärten und Studenten keine Arbeitsmöglichkeiten an den Universitäten finden und ganz allgemein, wenn Menschen das Gefühl haben, falsch zu leben.

3. Ohne die Evolution der Massenmedien wäre das politische Interesse nicht so stark gestiegen. Das Fernsehen belebt das politische Interesse, verschiebt zugleich aber das Bild von der Politik. In einer Studie für die beiden Rundfunkanstalten im Südwesten der Bundesrepublik zeigte sich, dass dieses neue Medium sehr verschieden wirkt, je nachdem, ob die Fernsehteilnehmer eifrige Leser sind oder nicht. Im Forschungsbericht heisst es: « Bei schwachen Lesern ruft das Fernsehen den Eindruck hervor, dass Politik doch eine recht unterhaltsame Sache sei und ausserdem leichter als gedacht. Es gehe sehr aktiv zu, und es komme viel Streit vor. Der Eindruck, Politik sei weitblickend, wird durch das Fernsehen eher abgeschwächt. Für den schwachen Leser sind die Vorgänge auf dem Bildschirm von der Ästhetik des Kasperletheaters nicht sehr weit entfernt. Es geht dort sehr lebendig, unterhaltsam zu, die Leute dreschen aufeinander ein, was auch den Eindruck des Mutes begünstigt, aber das Verständnis des Sinnzusammenhangs bleibt schwach. Ganz anders verschiebt sich das Bild der Politik bei den eifrigen Lesern. Überdurchschnittlich wächst bei ihnen der Eindruck, Politik ist mutig, bedeutsam, und Politik wird ihnen vertraut. Diese Leser finden Politik dann auch anziehend. So sehr viel unterhaltender als früher finden die starken Leser Politik nicht, wenn sie sich zusätzlich durch das Fernsehen informieren. Sie gewinnen den Eindruck, dass Politik gar keine leichte Sache sei, ganz im Gegensatz zu den schwachen Lesern, denen Politik wie ein leichtes Geschäft vorkommt. Und eine letzte Diskrepanz: Bei starken Lesern schwächt sich der Eindruck ab, dass es in der Politik grosszügig zugehe, während sich bei den schwachen Lesern in dieser Beziehung nichts verändert. . .

Das Fernsehen kommt offenbar erst in Verbindung mit anderen Medien,

mit dem gedruckten Wort, zu seiner eigentlichen Wirkung. Woran liegt das? Das Fernsehen bringt ein ausschnitthaftes Bild des Geschehens, und zwar mit einem, wie amerikanische Untersuchungen zeigen¹, beträchtlichen Dramatisierungseffekt, der in der Natur dieses Mediums liegt. Diese pointierten Bildkürzel, die das Fernsehen als Realität vermittelt, fügen sich erst durch synthetische Leistungen des Zuschauers — er interpretiert, er fügt die Informationen in einen Rahmen ein, er relativiert — zu einem realistischen Bild zusammen. Für denjenigen jedoch, der diese gedankliche Organisation nicht leistet, weil er nicht liest, ergibt sich tendenziell ein zusammenhangloses Bild des Geschehens. Es passiert zwar viel, viel Streit, aber gerade dieser Eindruck schiebt sich vor ein Verständnis der politischen Materie. Ohne Kontakt mit Gedrucktem fördern die Darbietungen des Fernsehens ein falsches Bild von Politik. »²

Über diese grosse, wahrscheinlich weiter steigende Welle politischer Anteilnahme sind wohl alle erfreut: die Pädagogen des staatsbürgerlichen Unterrichts insbesondere und die Verleger politischer Nachrichtenmagazine und dann jene Theoretiker, die der Auffassung sind, dass eine Demokratie nur existieren kann, wenn jeder Staatsbürger gleichsam die Inkarnation eines politischen Tugendkatalogs ist. Dieses politische Interesse von noch ganz ungewohnter Verbreitung beweist zunächst, dass diejenigen nicht ganz recht haben, die, wie zum Beispiel Martin Niemöller in den hinter uns liegenden Jahrzehnten wirtschaftlichen Wachstums, erklärten, dass alle politische Aktivität im Wohlstand erstickt werde, dass die Menschen durch niederträchtige Werbemanipulationen in einen Konsumquietismus hineingesteuert würden, der sie daran hindere, die vor ihnen liegenden politischen Probleme überhaupt zu sehen, geschweige denn zu lösen. Nach allem, was wir sehen, scheint die Wohlstandsgesellschaft eine Bevölkerung zu aktivieren, nicht nur auf politischem Gebiet³.

Die Freizeitaktivität der Bevölkerung wirkt vielseitiger. Wir treffen 1970 ein höheres Niveau von Handlungsbereitschaft an als 1950. Das neue politische Interesse erschöpft sich nicht nur in einer grösseren Aufmerksamkeit, einer stärkeren Hinwendung zu den Massenmedien — es wachsen, so zeigen neue Trendvergleiche, die politischen Forderungen. Gebieterischer als 1962 werden zu Beginn des Jahres 1970 verkehrspolitische Massnahmen gefordert. Während früher der Wohnungsbau auf dem ersten Platz lag, ist er in der Bundesrepublik nun auf einen der letzten Plätze gerückt. Das dürfte in der Schweiz anders sein. Gefordert wird in wesentlich stärkerer Masse als früher der Bau von Krankenhäusern, von Altersheimen, der Aus-

¹ KURT LANG und GLADYS ENGEL-LANG, « The Unique Perspective of Television and its Effect: A Pilot Study », *American Sociological Review*, Vol. 18 (1953), No. 1.

² GERHARD SCHMIDTCHEN, *Auswirkungen des Fernsehens in Deutschland, Lebensgewohnheiten, Interessen und Bild der Politik vor und nach der Anschaffung eines Fernsehgeräts*, Institut für Demoskopie Allensbach 1968 (*IfD-Bericht 1489*), S. 56, 58.

³ DERS., « Gesellschaftlicher Wandel und Situation der Massenmedien », *ZV + ZV*, 64 (1967), Heft 29/30, S. 1119-1127.

bau des gesamten Schulwesens, von Sport-, Freizeit- und Erholungsanlagen und schliesslich die Wirtschaftsförderung. Reinhaltung von Luft und Wasser, die Reduzierung von Lärm, der Schutz der Landschaft — auch das sind Themen, die grosse Aufmerksamkeit auf sich ziehen, aber hier ist kein Anstieg seit 1962 zu verzeichnen. Während 1962 die Bürger im Südwesten der Bundesrepublik je 6 politische Anliegen vorbrachten, die ihrer Meinung nach gefördert werden müssten, was die Zahl der dringlichen politischen Wünsche bis 1970 auf 7,6 gestiegen.¹

Aus diesen Tendenzen geht hervor: Unsere politischen Institutionen werden in den kommenden Jahren in ungewohntem Ausmass dem Druck politischer Ansprüche ausgesetzt sein. Es lässt sich keine Prognose stellen, ob die Institutionen diesem Druck gewachsen sein werden. Die deutschen Universitäten zum Beispiel waren es nicht. Es wird in Zukunft nicht nur mehr getan werden müssen, sondern man wird den Bürgern wahrscheinlich auch mehr erklären müssen, welche Grenzen einer expansiven Ausgabenpolitik gesetzt sind und was es bedeutet, wenn der Staatshaushalt schneller wächst als das Sozialprodukt.

Ein gewisses Wachstum der Staatsausgaben liegt, so lässt sich absehen, im Interesse der Bürger. Der grössere Staatshaushalt scheint sie weniger zu schrecken als eine schwache Infrastruktur. Viele haben sich bisher der Illusion hingegeben, die Demokratie sei eine Staatsform der grossen politischen Aktivität. Nun wächst das politische Interesse auf ein Niveau, das immer noch ein nur schwacher Abglanz der Ideale ist, und schon gibt es Schwierigkeiten. Es sieht so aus, als seien die demokratischen Institutionen von heute in Wirklichkeit für wenige aktive and viele passive Staatsbürger gemacht.

Vor einem wirklich aktiven Volk fürchten wir uns offenbar wie vor einem Riesen, der soeben aufwacht. Ihn zu fesseln, wäre sinnlos. Auf die Dauer wird die erhöhte staatsbürgerliche Aktivität zu einer Reorganisation der Institutionen führen müssen, insbesondere in jenen Ländern, die dem Staatsbürger zu schwache Einfluss- und Ausdrucksinstrumente zur Verfügung stellen.

Die Beobachtungen über das Wachsen des politischen Interesses geben eine erste Funktion jener Diagnoseverfahren zu erkennen, die unter dem Begriff der « Meinungsforschung » Popularität erlangt haben. Ihre generelle Funktion besteht im Sichtbarmachen gesellschaftlicher Prozesse, und zwar auf einer sozialpsychologischen Ebene, das heisst ehe sie sich zu massiveren politischen Tatsachen verdichtet haben, die dann verhältnismässig schwer zu behandeln sind. *Meinungsforschung, oder genauer gesagt, politische Sozialforschung, erhöht die Reaktionsfähigkeit eines politischen Systems auf den*

¹ Ausgewählt aus einer Liste mit 36 politischen Projekten. Die Befragten hatten ausgewählt, auf welchen dieser 36 Gebiete noch *sehr viel* getan werden müsste; vgl. *Institut für Demoskopie Allensbach, Die Stimmung in Baden 1970, Trendbeobachtungen über Stärke und Motive der altbadischen Bewegung (IfD-Bericht 1656/II)*, Tabelle 25.

sozialen Wandel. Und hauptsächlich dieser Tatsache verdanken diese Verfahren ihre weltweite Durchsetzung in Ost und West, das heisst, zuerst in West und dann in Ost, sowohl auf politischem als auch auf wirtschaftlichem Gebiet.

II. Braucht man in der direkten Demokratie überhaupt Meinungsforschung?

In der Praxis des politischen Lebens der Schweiz fällt dem ausländischen Beobachter der grosse Respekt vor der Meinung anderer auf, der bei aller Festigkeit, mit der politische Standpunkte formuliert werden, zu verspüren ist. Diesem Respekt vor der Meinung anderer entspricht eine lebhaftere Informationstätigkeit. Es ist wichtig zu wissen, wie die Partner denken. Was im Mikroleben der politischen Entscheidungstätigkeit Geltung besitzt, wird jedoch nicht ohne weiteres auf die Makroverhältnisse übertragen, zumal dann nicht, wenn einem die Meinungen anderer hier nicht mehr persönlich, sondern nur durch Testfrage und Zahl zugänglich sind.

Es ist klar, dass in der direkten Demokratie der persönlich vorgetragenen Meinung ein besonderes Gewicht zukommt. Gerade dies aber scheint das Verständnis für die sozialwissenschaftlich erforschte Meinung eher etwas zu erschweren. Deshalb darf man nicht erstaunt sein, wenn Schweizer Staatsrechtler sich gelegentlich etwas verärgert über die Meinungsforschung äussern. Sie sehen nur den repräsentativen Prozess, während der Sozialpsychologe mehr das sieht, was diesem Prozess vorausgeht. Für Juristen ist die Versuchung naheliegend, den Prozess der repräsentativen Meinungsbildung, der ja in der Ausübung der Volksrechte auch statistisch greifbare Manifestationen hat, zugleich als einen ausreichenden sozialwissenschaftlichen Diagnoseapparat zu betrachten. Einer solchen Verwechslung von formalisierter Willensbildung und sozialwissenschaftlicher Diagnose ist Imboden erlegen.¹

Die gleichsam institutionalisierte Achtung vor der Meinung anderer trägt wahrscheinlich wesentlich zu dem Klima des zwischenmenschlichen und politischen Vertrauens bei, durch das sich die Schweiz vor anderen Ländern auszeichnet. «Glauben Sie, dass man den meisten Menschen vertrauen kann?» lautete eine in Deutschland und in der Schweiz gestellte Frage. «Man kann seinen Mitmenschen vertrauen», erklärten im Jahre 1969 22 Prozent der Deutschen und 46 Prozent der Schweizer.

¹ «Die Meinung des Individuums wird mit der Meinung der für die Gemeinschaft repräsentativen Personen konfrontiert; den unreflektierten Anliegen des Einzelnen werden als läuternde Gegenkräfte die sich nur in einem Prozess innerer Selbstüberwindung erschliessenden Anliegen der Gemeinschaft gegenübergestellt: *das allein bleibt demokratische Meinungsbildung*. In der Technik der Volksumfrage, in der bloss statistischen Erfassung vorgegebener und unreflektierter «Meinungen» droht heute die wahre Demokratie zu ersticken.» MAX IMBODEN, *Politische Systeme — Staatsformen*. Basel — Stuttgart 1964, S. 88.

Tabelle 4
Bevölkerung ab 16 Jahre

Frage: « Glauben Sie, dass man den meisten Menschen vertrauen kann? »

	Bundesrepublik Deutschland einschl. West-Berlin März 1969	Schweiz (ohne Tessin) Frühsommer 1969
Kann vertrauen	22 %	46 %
Kann nicht vertrauen	64 %	45 %
Weiss nicht, keine Angabe	14 %	9 %
	100 %	100 %

Quellen: Deutschland: Institut für Demoskopie Allensbach, IfD-Umfrage 2050/I + II, rund 4000 Interviews.

Schweiz: Psychologisches Institut der Universität Zürich, Umfrage über die Einstellung der Schweizer zur Entwicklungshilfe (297), rund 1500 Interviews (gew. 3652).

Das Vertrauen zu den Institutionen ist im internationalen Vergleich in der Schweiz und in Norwegen am grössten. Nun wird verständlich, warum ein Mann wie Imboden sich gleichsam schützend vor diesen einzigartigen personalen politischen Prozess stellt. Meinungsforschung ist aber im Gegensatz zu seinen Befürchtungen keine Alternative dazu. Jeder Repräsentant wird, abgesehen von den wenigen, die er sieht und hört, die vielen zu berücksichtigen haben, die er nie zu sehen bekommen und nie hören wird. Sozialforschung verleiht denen eine Stimme, von denen man wenig oder nichts Genaues weiss.

Bisher haben die Organe der rechtswirksamen politischen Willensbildung gleichsam behelfsmässig zur Sozialforschung gedient — ein aufwendiges und unwirksames Verfahren. « Sozialforschung hat seit 1948 zunehmend an Bedeutung gewonnen, weil mit ihren Methoden ein notorischer Mangel der politischen und gesellschaftlichen Informationsstruktur beseitigt werden konnte. Unsere Systeme der Unterrichtung und Informationsverbreitung haben sich relativ früh entwickelt und strebten bereits dem Kulminationspunkt zu, als die Methoden der Informationsrückleitung aus dem Gesellschaftssystem noch völlig unentwickelt waren. Die Funktion der Informationsrückleitung aus dem Gesellschaftsgefüge in die Organe der politischen Repräsentation wird, wie wir wissen, durch die Presse, durch die Parteiorganisationen, durch die schwerfällige und unpsychologische amtliche Statistik, durch Polizeiberichte und Geheimdienste nur schlecht erfüllt.

Auch Wahlen und Abstimmungen bieten nur sehr unvollkommene Möglichkeiten, Vorgänge in einer Bevölkerung abschätzen zu können. Das gilt auch für die direkte Demokratie: Durch ein einziges Jahr konsequenter Sozialforschung könnte man zum Beispiel über die Mentalität des Schweizer Staatsbürgers mehr erfahren als durch die Volksabstimmungen seit 1874.

Wir erleben heute den Ausbau eines Systems der Informationsrückleitung durch die Methoden der Sozialforschung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und des organisierten Handelns. Was wird die Zukunft bringen ?

Nach den Maßstäben der neuesten politischen Theorie, repräsentiert etwa durch David Easton¹ oder Harold D. Lasswell², muss man den Informationsrücklauf aus den verschiedenen Bevölkerungsschichten und politischen Handlungsfeldern als völlig unzureichend empfinden. Eine weitere Ausdehnung der angewandten Sozialforschung in der Politik ist sehr wahrscheinlich und somit etwas, auf das wir uns am besten heute schon einstellen. »³

III. Verfälschung des repräsentativen Auftrags durch die Meinungsforschung ?

Umfragen werden in der politischen Sozialforschung der Welt in der Hauptsache zu Diagnosezwecken eingesetzt, in der Regel in grossem Stil zur Vorbereitung von Gesetzesentwürfen und zur Kontrolle der Implementierung und der Auswirkung von Gesetzen. In eine andere Sprache übersetzt : mit Sozialforschung soll der Service der Exekutive verbessert werden. Das ist zum Beispiel ein Hauptgedanke bei der Gründung des britischen *Government Social Survey* während des Zweiten Weltkrieges gewesen.

Die Kritik an der Meinungsforschung zielt auf zwei sehr spezifische Fälle, die im übrigen dem Umfang der Forschungsarbeiten nach geradezu unbedeutend sind. Kritiker werden meist auf den Plan gerufen, erstens, wenn Politiker versuchen, die Mittel der Sozialforschung einzusetzen, *um Macht zu gewinnen*, also um Wähler beeinflussen zu können. Und zweitens werden Politiker angeblich ihren Repräsentationsauftrag vergessen und *Ergebnisse zur Legitimierung* benutzen. Ich möchte auf sechs klassische Einwände in Frage und Antwort eingehen :

1. *Frage* : Kommt nicht dadurch, dass man immer die unpolitischen und uninformierten Wähler befragt, ein inkompetenter Zug in die Politik ? — *Die Antwort* : Umfragen sind ja kein Mittel einer gleichsam automatischen Selbstregierung der Bevölkerung, sondern ein Diagnoseapparat in der Hand der politischen Führung. Natürlich kommen durch Umfragen oft einfache Anliegen der Bevölkerung zur politischen Geltung. Das soll in der Demokratie bestimmungsgemäss so sein.

2. *Frage* : Werden die Politiker durch Sozialforschung, die doch immer nur den bestehenden Zustand zeigen kann, tendenziell dazu verleitet, die konventionellen Vorstellungen der Bevölkerung zu verwirklichen und die

¹ DAVID EASTON, *A Systems Analysis of Political Life*, New York — London — Sydney 1965.

² HAROLD D. LASSWELL, *The Future of Political Science*, New York 1964.

³ GERHARD SCHMIDTCHEN, *Manipulation — Freiheit negativ*, Neuwied — Berlin 1970, S. 13 f.

Zukunftsaufgaben zu vergessen? — *Die Antwort*: An dieser Frage sind bereits die Voraussetzungen falsch:

a) Die Sozialforschung zeigt nicht nur den bestehenden Zustand. Sie konnte für die politische und wirtschaftliche Führung nur deswegen so interessant werden, weil sie Zukunftspotential und die zukünftigen politischen Gestaltungsmöglichkeiten zeigt.

b) Die Diagnose eines gegebenen Zustandes wirkt auf die reformerisch gesonnenen Politiker ohnehin eher als Anreiz, die Verhältnisse zu ändern. Wenn man zum Beispiel sieht, dass Kinder aus grösseren Familien schlechte Bildungschancen haben, dann wird der Politiker eingreifen müssen, selbst wenn die Bevölkerung der Auffassung sein sollte, unser Bildungssystem sei im grossen und ganzen in Ordnung. (Sie ist übrigens nicht dieser Auffassung.)

c) Die Sozialforschung hat gezeigt, dass die Bevölkerung weniger konservativ denkt, als man gemeinhin annimmt. Die deutsche Bevölkerung ist für Gestaltungsaufgaben zu gewinnen, bis hin in Bereiche, wo sich die Grenzen zwischen Utopie und Realität verwischen — vorausgesetzt allerdings, dass die Entwicklung dorthin kontinuierlich und in innerem und äusserem Frieden zurückgelegt werden kann.

3. *Frage*: Häufig wird die Frage gestellt: Werden nicht die Politiker durch die Ergebnisse beeinflusst? — *Die Antwort*: Sie wollen sich gerade diesen Einflüssen einer Bevölkerungsdiagnose aussetzen, und genau aus diesem Grund stellen sie Etatmittel für Umfragen bereit.

4. *Frage*: Werden durch die Veröffentlichung von Umfrageergebnissen die Wähler nicht in unzulässiger Weise beeinflusst? — *Die Antwort*: Die Diskussion über dieses eigentlich interessante Problem hat sich bei der Frage festgerannt, ob es einen Mitläufereffekt gäbe. Seine Existenz konnte bisher nicht bewiesen werden. Aber die Geschichte selbst lieferte Gegenbeweise. Zum Beispiel glaubte 1965 die Publizistik der Bundesrepublik, die SPD werde wahrscheinlich knapp die Wahl gewinnen oder nur knapp unterliegen. Das Wahlergebnis zeigte, dass die Meinung der Publizistik offenbar keinen Mitläufereffekt ausgelöst hatte. Die Bevölkerung war schon vor der Wahl, wie mehrere Institute festgestellt hatten, fest von einem kommenden CDU-Wahlsieg überzeugt. Die Frage nach dem Mitläufereffekt ist falsch gestellt. Sie beruht auf der Befürchtung, die Wahlergebnisse würden verfälscht und etwas Unpolitisches dadurch erhalten, dass die Wähler das Wissen über das politische Denken anderer in ihren Überlegungen berücksichtigen. Das tun sie auch ohne die Veröffentlichung von Umfrageergebnissen. Alle Informationsquellen dieser Art kann man gar nicht zustopfen. Auf irgendeine Weise gelangt die Mehrheit der Wähler zu einer sehr festen Meinung darüber, wie die Mehrheitsstimmung vor einer Wahl ist, auch wenn sie gar keine Umfrageergebnisse zur Kenntnis genommen hat. Aber abgesehen davon: Was spricht eigentlich dagegen? Darauf beruht ja gerade nach George

Mead¹ und John Dewey² das Wesen eines differenzierten demokratischen Bewusstseins, dass man auf die Einstellung anderer Gruppen reagiert. So gesehen, kann politische Transparenz eine Wahlentscheidung eigentlich nicht verfälschen. Durch Veröffentlichungen über den Stand der Parteien werde, so glauben Kritiker, ein unpolitisches Moment in die Überlegungen der Wähler eingeführt. Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Es erfolgt nach allem, was wir bisher beobachten konnten, eine Politisierung.

5. *Frage* : Werden Volksabstimmungen durch Meinungsforschung überflüssig gemacht? Wird die Institution des Referendums durch Meinungsumfragen ausgehöhlt? — *Die Antwort* : Es wird der entgegengesetzte Effekt eintreten, und zwar aus folgenden Gründen:

a) Wer befürchtet, man könne dem Referendum durch Meinungsumfragen zuvorkommen und Volksabstimmungen durch zuverlässige Repräsentativumfragen ersetzen, übersieht, dass es zwischen Meinungsbildung und deren Erforschung und der rechtlich wirksamen politischen Willensbildung einige Unterschiede gibt. Das obligatorische Referendum lässt sich durch Meinungsforschung ohnehin nicht ersetzen.

b) Das fakultative Referendum kann in seinen Wirkungschancen durch das Instrument der Meinungsbefragung belebt werden. Nun können sich die Initianten realistische Erfolgchancen ausrechnen. Ob man durchdringt, lässt sich übrigens in einer gut funktionierenden direkten Demokratie deswegen nicht ausmachen, weil sich der Prozess der Meinungsbildung durch Querschnittsbefragungen nicht ohne weiteres antizipieren lässt. Abstimmungsempfehlungen der Parteien und anderer politischer Gruppierungen haben ein grosses Gewicht, und man darf nicht unterstellen, dass sie sich nach den durch die Meinungsbefragung ausgewiesenen Mehrheiten richten.

c) Die Reflexion auf die Motive des Stimmbürgers kehrt regelmässig in zwei Phasen wieder: Bei der Vorbereitung der Abstimmungsvorlage und nach der Volksabstimmung. Was hat der Souverän mit seinem Ja gewollt? Und meist noch interessanter ist die Frage, welche Motive ihn bei der Verwerfung einer Vorlage geleitet haben. Sind es periphere Dinge gewesen, oder ging es um die Sache überhaupt? Politische Motivanalysen könnten dazu beitragen, die Abstimmungsvorlagen von politischen Widerhaken zu befreien. Man könnte antizipatorisch bereits jene Kompromisse einbauen, die dem politischen Projekt jenen Zuschnitt geben, der sonst nach einer Reihe von Wiedervorlagen erst erreicht werden könnte. Nach Abstimmungen lässt sich durch Motivanalysen das Mandat der Stimmbürger besser interpretieren.

¹ GEORGE H. MEAD, *Mind, Self and Society, From the Standpoint of a Social Behaviorist*, Chicago — London 1934, ¹²1963.

² JOHN DEWEY, *Democracy and Education, An Introduction to the Philosophy of Education*, New York 1964, S. 87.

d) Die Beobachtung, dass die Stimmbeteiligung bei den Volksabstimmungen nachlässt, wird hier und da als ein Anzeichen für das Nachlassen des politischen Interesses interpretiert. Das ist nicht der Fall. Die Fragestellung müsste vielmehr lauten: Wieso lässt bei lebhafter politischer Anteilnahme das Interesse an den Volksabstimmungen nach? Die Themen der Volksabstimmungen reflektieren wahrscheinlich zuwenig von den grossen gesellschaftspolitischen Themen, die den Stimmbürger heute interessieren. So sieht er in dieser Institution nicht mehr das Instrument, in Entscheidungen von Tragweite mitwirken zu können. Es bedürfte also einer Revision des Katalogs der politischen Probleme, die dem Stimmbürger zur Entscheidung vorgelegt werden. Meinungsforschung, oder in einem umfassenderen Sinne Sozialforschung, könnte dazu beitragen, die Institution des Referendums funktionsgerechter und damit für den Stimmbürger interessanter zu machen.

6. Frage : Gehen die Politiker nicht an ihrem repräsentativen Führungsauftrag vorbei, wenn sie sich in allen Fragen nach den durch die Meinungsforschung ausgewiesenen Bevölkerungsmehrheiten richten? — Die Antwort : Sie richten sich kaum danach, und zwar aus einer Reihe von Gründen:

a) Um bei einer Wahl eine Mehrheit zu erzielen, ist es nicht notwendig, in allen politischen Fragen Mehrheiten hinter sich zu haben. Das wissen alle Politiker, auch wenn sie nicht John Stuart Mill gelesen haben. Ausserdem hat sich herumgesprochen: Vorgefundenen Mehrheitsmeinungen nachzurennen, ist nicht die beste Methode, eine Mehrheit zu bilden. Dauerhafte Mehrheiten gewinnt man nur durch Führungsleistungen. In den Mehrheitsmeinungen von heute liegen nicht notwendigerweise die Integrationskonzepte von morgen.

b) Politische Zielsetzungen entstehen in einem komplizierten Prozess der partei- und fraktionsinternen Willensbildung. Wenn man also Zielsetzungen oder Rangordnungen — und um die geht es meistens — ändern wollte, muss wieder ein ganz neuer Vorgang der politischen Meinungsbildung in Bewegung gesetzt werden. Viel einfacher ist es, sich in diesen Fällen über eine Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung hinwegzusetzen. Und das geschieht auch meistens, wenn nicht ganz schwerwiegende Gründe dafür sprechen, die Vorstellungen der Bevölkerung zu realisieren.

c) Manchmal aber wird genau das getan, was den — laienhaften — Vorstellungen der Bevölkerung entspricht. Aber immer nur dann, wenn sich das gut ins politische Konzept integrieren lässt. Auch das ist repräsentatives Handeln.

d) Ein Politiker wird im allgemeinen seinen Regierungsauftrag als repräsentative Gestaltung auffassen. Er wird eine Politik formulieren, für die er die Zustimmung einer Mehrheit nicht heute, aber doch in Zukunft gewinnen wird. Mit dieser Repräsentationsidee verbindet sich die Vorstellung, dass im Laufe der Jahre ein Bewusstseinswandel bei den Wählern eintreten werde,

dass sie der « parlamentarischen Aristokratie » folgen werden, wie Thomas Dehler im Oktober 1952 erklärte, als im Bonner Bundestag die Todesstrafe diskutiert wurde.¹

Im repräsentativen Gestaltungsauftrag liegt übrigens ein Problem, das bei John Stuart Mill angedeutet ist. Er erklärte in den « Considerations on Representative Government »², eine repräsentative Regierungsform könne nicht sein, wenn eine Bevölkerung keinen Gehorsam kenne, sich den Beschlüssen einer repräsentativen Körperschaft nicht beugen würde. Gehorsam — so wie wir es heute verstehen — wäre sicher das falsche Wort zur Bezeichnung jener Anpassungsprozesse, die repräsentatives Handeln überhaupt ermöglichen. Es soll kein total verinnerlichter Gehorsam sein. Eine Opposition, der Gedanke an die vernachlässigte Alternative muss für den Fall erhalten bleiben, dass der eingeschlagene Weg nicht zum Erfolg führt. Die Hinnahme repräsentativer Entscheidungen bei Aufrechterhaltung der Selbstachtung und gegebenenfalls einer oppositionellen Handlungsbereitschaft ist eine wesentliche und psychologisch schwierige Leistung im Prozess der Demokratie. Nicht immer kann der repräsentativ Handelnde die Dinge soweit harmonisieren, dass sie für den letzten erträglich werden. Alles repräsentative Handeln erzeugt in der Gesellschaft Konflikte und vielleicht ein Stück Anomie. Auch demokratische Macht hat in irgendwelchen Winkeln der Gesellschaft und manchmal sogar in breiten Schichten ein böses Gesicht. Im Studium dieser Prozesse kann die politische Sozialforschung zur Humanisierung, das heisst zugleich zur Differenzierung der nun einmal notwendigen Machtausübung beitragen.

IV. Der Beitrag der Sozialforschung zum Verständnis der direkten Demokratie

In der sogenannten Demokratieforschung spielt das Schweizer Modell eine auffallend geringe Rolle. Die Schweiz gilt als nicht verallgemeinerungsfähiger Sonderfall oder aber als Ärgernis, wenn jemand mit dem Hinweis auf das Schweizer Vorbild mehr direkte Demokratie verlangt. In der deutschen staatswissenschaftlichen Literatur war das Schweizer Modell immer nur Gegenstand einer von oben herab formulierten Abwehr. Einer der deutschen Rechtsgelehrten, Jakob Fries, schrieb im Jahre 1803: « Demokratische Verfassungen findet man andauernd nur bey sehr kleinen Staaten, besonders bey geringen Haufen roher Bergbewohner... »³

Diese Äusserung wäre etwas für eine Skurrilitätensammlung, wenn nicht 150 Jahre später Joseph A. Schumpeter geschrieben hätte, das ideale Modell

¹ GERHARD SCHMIDTCHEN, *Die befragte Nation, Über den Einfluss der Meinungsforschung auf die Politik (Fischer Taschenbuch 689)*, Frankfurt 1965, S. 344 f.

² JOHN STUART MILL, "Considerations on Representative Government", in: *On Liberty, Representative Government, The Subjection of Women, Three Essays*, London S. 202.

³ JAKOB FRIES, *Philosophische Rechtslehre und Kritik aller positiven Gesetzgebung mit Beleuchtung der gewöhnlichen Fehler in der Bearbeitung des Naturrechts*, Jena 1803, S. 93.

der Demokratie könne nur dort funktionieren, wo die Gesellschaften nicht allzu differenziert seien und keine allzu schwierigen Probleme aufwiesen: « Die Schweiz ist das beste Beispiel dafür. Es gibt so wenig Anlass zum Streit in einer Welt von Bauern, die, mit Ausnahme von Hotels und Banken, keine grosse kapitalistische Industrie enthält, und die Probleme der öffentlichen Politik sind so einfach und stetig, dass von einer überwältigenden Mehrheit ein Verständnis für sie und eine Einigung über sie erwartet werden kann. Aber wenn wir zum Schluss kommen, dass sich in solchen Fällen die klassische Lehre der Wirklichkeit nähert, müssen wir sofort hinzufügen, dass sie es nicht darum tut, weil sie einen wirksamen Mechanismus politischer Entscheidung beschreibt, sondern nur, weil hier keine grossen Entscheidungen zu treffen sind. » ¹

Eine genauere Kenntnis der gesellschaftlichen Funktionsweise einer direkten Demokratie, gleichsam einer Sozialpsychologie dieser Staatsform, wäre zunächst für das politische Selbstbild der Schweiz wesentlich. In einer Phase der Verfassungsreform ist es wichtig zu wissen, was man aufgibt, wenn vorgeblich überholte Institutionen dem Redaktionsstift von Verfassungsrechtskommissionen zum Opfer fallen. Es ist in diesem Zusammenhang nicht ohne Interesse zu erfahren, dass die Mehrheit der Schweizer für eine

Tabelle 5
Schweiz (ohne Tessin)
Schweizer Bürger ab 16 Jahre/Frühsummer 1969

Frage: « Auf diesem Blatt hier stehen zwei gegensätzliche Meinungen. Wo würden Sie zustimmen? » (Vorlage einer Liste)

	Schweiz (ohne Tessin) insgesamt	Deutsche Schweiz	Welsche Schweiz
<i>Aussage 1:</i> Unsere politischen Einrichtungen sind gut, man sollte daran möglichst wenig ändern	35 %	32 %	46 %
<i>Aussage 2:</i> Unsere politischen Einrichtungen sind zum Teil veraltet, wir müssen umfassende Reformen durchführen	51 %	55 %	37 %
Unentschieden	14 %	13 %	17 %
	100 %	100 %	100 %

Quelle: Psychologisches Institut der Universität Zürich, Umfrage über die Einstellung der Schweizer zur Entwicklungshilfe (297), rund 1500 Interviews (gew. = 3652).

¹ JOSEPH A. SCHUMPETER: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. 2. erweiterte Auflage, München 1950, S. 424/425. Fries und Schumpeter in ähnlichem Zusammenhang zitiert in SCHMIDTCHEN, *Manipulation — Freiheit negativ*, a. a. O.

grundlegende Verfassungsreform plädiert. Diese Mehrheit ist besonders ausgeprägt in der deutschen Schweiz mit 55 Prozent Reformfreudigen und 32 Prozent Traditionalen. Ausgerechnet in der fortschrittlichen Welschschweiz liegen die Dinge genau umgekehrt: 46 Prozent gegen grundlegende Verfassungsbestrebungen, nur 37 Prozent dafür. Man sollte sich die Gründe in der Welschschweiz genauer ansehen. Hat man dort Angst vor einem Berner Zentralismus?

Es ist Vermutung und auch persönliche Erfahrung, dass in der Schweiz alles ganz anders ist, Konflikte werden anders gehandhabt. Gibt es wirklich so etwas wie eine spezifische, mit dem politischen System eng verbundene psychische Disposition? Gibt es bevorzugte Denk- und Handlungsweisen, die sich von denen der europäischen Nachbarn unterscheiden? Wir sind weit davon entfernt, eine solche Frage auch nur einigermaßen befriedigend beantworten zu können. Aber es ist möglich, wenigstens die Nullhypothese zurückzuweisen, dass die Schweizer genau so sind wie andere Bewohner von Demokratien.

Einen Einblick gewährt eine Untersuchung über die Einstellung der Schweizer zur Entwicklungshilfe. Da überrascht zum Beispiel ein ungewöhnliches Ausmass von Pessimismus. « Wenn Sie an die Zukunft denken — glauben Sie, dass das Leben für die Menschen ganz allgemein immer leichter oder immer schwerer wird? » 66 Prozent der Schweizer erklären: « immer schwerer ». In der Bundesrepublik ist man weniger pessimistisch. Nur

Tabelle 6
Erwachsene Bevölkerung

Frage : « Wenn Sie an die Zukunft denken — glauben Sie, dass das Leben für die Menschen ganz allgemein immer leichter oder immer schwerer wird? »

	Schweiz (ohne Tessin) Frühsommer 1969	Bundesrepublik Deutschland einschl. W.-Berlin März 1969	USA 1962
Immer schwerer	66 %	42 %	23 %
Immer leichter	19 %	32 %	55 %
Bleibt gleich	12 %	17 %	12 %
Weiss nicht	3 %	9 %	10 %
	100 %	100 %	100 %

Quellen : Schweiz: Psychologisches Institut der Universität Zürich. Umfrage über die Einstellung der Schweizer zur Entwicklungshilfe (297), rund 1500 Interviews (gew. = 3652).

Deutschland: Institut für Demoskopie Allensbach, IfD-Umfrage 2050/I+II, rund 4000 Interviews.

USA: Public Opinion New Service, American Institute of Public Opinion. 28. August 1962. Die Frage lautete: « As you look to the future, do you think life for people generally will get better — or will it get worse? »

42 Prozent erklären: « immer schwerer ». Und in den Vereinigten Staaten überwiegt zivilisatorischer Zukunftsoptimismus.

Die Deutschen waren in den apathischen Nachkriegsjahren viel pessimistischer. Jetzt haben sie wieder Mut gefasst. Ist Pessimismus also gleichbedeutend mit allgemeiner Lethargie? Nicht in der Schweiz. Sobald man von den Handlungsmöglichkeiten spricht, erklären grosse Mehrheiten, zum Beispiel 70 Prozent, dass die Menschheit ihr Schicksal in der Hand habe. Und ebenso viele meinen, man könne durch Bildung, durch tatkräftige Erziehung zu einer besseren Welt gelangen. Trotz dieses Handlungsoptimismus erscheint die Zukunft schwarz. Ein zweites Beispiel ähnlicher Art: Wenn man fragt, ob man im Interesse des Weltfriedens Entwicklungshilfe leisten sollte, dann sagt die Mehrheit: « ja, selbstverständlich ». Fragt man an anderer Stelle des Interviews, ob man denn glaube, mit Entwicklungshilfe zum Weltfrieden beitragen zu können, oder ob das ein frommer Wunsch bleibe, so erklärt die Mehrheit: « frommer Wunsch ». Das ist etwas anderes als nur platte Widersprüchlichkeit. Wenn man auf den Wortlaut der Fragestellung achtet, dann zeigt es sich, dass pessimistische Antworten immer nur kommen, wenn von Erwartungen, von Diagnosen die Rede ist. Und ein ungebrochener, geradezu heroischer Optimismus kommt zur Ausdruck, wenn das Handeln angesprochen wird. Aber wozu dient dieser Pessimismus? Es ist wahrscheinlich kein prinzipieller, sondern ein hypothetischer. Negative Erwartungen können eine Form der Realitätskontrolle sein: sich nicht durch vertrauensseligen Optimismus von Widerständen überraschen lassen.

Genau diese Struktur hat Karl Meyer mit der Formel vom « hochgemuten Pessimismus » zum Ausdruck gebracht: « Was uns not tut, ist *hochgemuter Pessimismus*... Der hochgemute Pessimist sieht sich vor auf die düstersten und schlimmsten Möglichkeiten. Er wappnet sich auf die Möglichkeit schwerer Tage. Er wird von ihnen nicht überrascht. Kommen sie nicht, so ist er doppelt glücklich, kommen sie aber, die dunklen Zeiten, so ist er bereit. »¹

Diese Struktur, von Karl Meyer intuitiv erfasst und kurz vor Beginn des Zweiten Weltkrieges als Empfehlung ausgesprochen, scheint also ein durchgängiges Merkmal der politischen Psychologie in der Schweiz zu sein, das sich heute auch bei ganz aktuellen Themen manifestiert.

Noch eine andere Struktur ist mir als Besonderheit aufgefallen. Man könnte sie nennen: die Kunst des kontingenten Denkens. Zur Entwicklungshilfe zum Beispiel gibt es eine grosse prinzipielle Zustimmung. Trotzdem kann sich nur eine Minderheit zu einer Erhöhung der öffentlichen Mittel für die Entwicklungshilfe bereitfinden. Eine kleine Befragung in Zürich ergab in grossem Umfang Zustimmung zum Ausbau der Universität, aber das besagt noch nichts für das Schicksal der Strickhof-Vorlage. Wenn es ernst wird, zählen die konkreten Bedingungen, bei der Entwicklungshilfe zum Beispiel,

¹ KARL MEYER, *Aufsätze und Reden (Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich)* Band 37, Zürich 1952, S. 471. Den Hinweis verdanke ich Max Wehrli.

dass man mit der Art und Weise, wie sie vonstatten geht, nicht einverstanden ist, dass man Sicherheiten und Vorbedingungen verlangt. Wiederum darf man diese Diskrepanz — hier prinzipielles Wohlwollen und da Einhaken am Detail — nicht nach einem einfachen Konsistenzideal beurteilen. Es besteht Grund, wenigstens die Hypothese zu formulieren, dass in den rein repräsentativen Demokratien der Abstand zwischen prinzipieller und politischer Stellungnahme im allgemeinen geringer ist. In der direkten Demokratie wird dieser Abstand wahrscheinlich vergrößert, und zwar deswegen, weil konkrete Einflussmöglichkeiten gegeben sind, weil man wirksam erklären kann: ich möchte dieses und jenes Detail anders haben. Wir sollten bald daran gehen, das feine sozialpsychologische Gewebe einer direkten Demokratie darzustellen, ehe es das Opfer grober Umstrukturierungsversuche wird. Da war zum Beispiel zu hören, dass die Soziologie, also diese Wissenschaft vom Konflikt, es so schwer habe in der Schweiz, weil dort viele Konflikte so eigentümlich geräuschlos beigelegt würden, und so brauche man eben die Soziologen leider nicht. Es folgte sogleich der Vorschlag, man könne doch die Struktur der Demokratie in der Schweiz ändern, damit sie besser zur Soziologie passt. Die Schweiz hat bisher die Soziologie ertragen, es ist zu hoffen, dass die Soziologie die Schweiz ertragen kann.

V. Praktische Vorschläge

Naturwissenschaftliche Erkenntnisse haben wahre Ubiquität. Es ist gleichgültig, wo die Entdeckungen gemacht werden, man kann sie überall anwenden. Die Grenzen sind höchstens wirtschaftlich durch Lizenzbestimmungen gezogen. Sozialwissenschaftliche Erkenntnisse indessen lassen sich nicht ohne weiteres von einem Land auf das andere übertragen. Die politischen Kulturen sind historische Individualitäten. Das schliesst internationale Gemeinsamkeiten nicht aus. Aber solange wir die einzelne Kultur nicht studieren, wissen wir nicht, wie weit diese Gemeinsamkeiten überhaupt gehen, und wir werden nie das Spezifische erfahren, das vielleicht gerade das ist, das dem Bürger eines Landes das Leben in ihm besonders lebenswert erscheinen lässt. Die politische Kultur der Schweiz können wir nicht in amerikanischen und englischen oder deutschen Lehrbüchern und Forschungsberichten studieren. Diese Kultur muss hier studiert werden; das volle Potential der Sozialwissenschaften, das sich wahrscheinlich erst in Verbindung mit den Geschichtswissenschaften entfalten würde, ist in dieser Frage noch nicht zur Anwendung gekommen.

Die Methoden der Meinungsforschung sind indessen nicht allein für die Wissenschaft da, das heisst, sie dienen nicht nur dem Zweck, allgemeine Erkenntnisse zu gewinnen. Sozialpsychologisch orientierte Massenbeobachtungen könnten gerade auch in der direkten Demokratie eine eminente Bedeutung gewinnen. Es geht hier nicht um die Kunst, die Gedanken des Souveräns lesen zu lernen, um ihm schmackhafte Abstimmungsvorlagen

unterbreiten zu können. Es geht nicht um das Problem, ausfindig zu machen, mit welchen Versprechungen und rhetorischen Tricks eine Wahl zu gewinnen wäre, sondern es geht um die elementare Tatsache, dass in jeder politischen Entscheidung eine gesellschaftliche Problematik enthalten ist. Die weit entwickelten und in der Expansion befindlichen Wohlstandsgesellschaften sind psychologisch zugleich äusserst sensible Gebilde, die schärfer als früher auf das Handeln der Regierung reagieren. Die Entstehung falscher Lebenslagen spiegelt sich sehr schnell psychologisch in den Einstellungen, die Menschen entwickeln. Fast alle Regierungen der grossen westlichen Länder halten es heute für notwendig, die Politik von psychologischen Sondierungen laufend begleiten zu lassen. Sie bilden eine selbstverständliche, fast schon klassisch gewordene Ergänzung der politischen Informationsdiät. Gross ist der Gebrauch, den die Exekutive von Massendiagnosen macht. Dabei geht es weniger um die Meinungen zu dieser oder jener gesetzlichen Regelung, sondern um Problemstudien, um Bestandsaufnahmen und Analysen im Sinne einer methodisch modernisierten Sozialenquête. Das schliesst Ursachenforschung ein und das Aufzeigen von Einfluss- und Änderungsmöglichkeiten. Beispiele der jüngsten Zeit aus der Bundesrepublik sind:

eine Repräsentativenquête über die « Motive zur Wahl des Lehrerberufs » (im Auftrag des Kultusministeriums Baden-Württemberg),
eine Analyse der « Lage der Selbständigen im Alter » (Bundesarbeitsministerium),
« die Situation der Rentner 10 Jahre nach der Rentenreform » (Bundesarbeitsministerium),
« berufliche Fortbildung und Wiedereingliederung von Arbeitnehmerinnen » (Bundesarbeitsministerium),
« die alleinstehende Frau » (Bundesarbeitsministerium),
« Frau und Sport » (Gesundheitsministerium),
« Sozialarbeit im Gesundheitswesen » (Gesundheitsministerium),
« der Ruf der Arbeitsämter » (Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg),
« die Einstellung der Bevölkerung zu Fragen der Atomenergie » (Euratom),
« das politische Bewusstsein der Bevölkerung in der Bundesrepublik » (Staatsbürgerliche Bildungsstelle im Innenministerium NRW),
« Reservisten beschreiben die Bundeswehr » (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung).

In Dimensionen, die für Mitteleuropa völlig ungewohnt sind, vergibt die amerikanische Regierung Forschungsaufträge zur Massenbeobachtung. Fachleute schätzen, dass etwa die Hälfte aller Umfragen, die in Amerika gemacht werden, von der Regierung bezahlt wird. Für das Etatjahr 1970 haben die amerikanischen Ministerien Forschungsmittel von 146 Millionen Dollar beantragt. Die grösste Forschungsaktivität scheint das *Department of Health, Education and Welfare* zu entwickeln mit 36 Millionen, es folgt das Arbeitsministerium (*Department of Labor*) mit 30 Millionen. Ein beträchtlicher Teil davon geht in Umfrageprojekte. Das sogenannte *Office*

of *Manpower Research*, eine kleine Facette der gesamten Forschungsaktivität des Ministeriums, erhält 3,8 Millionen Dollar; davon geht die Hälfte in Meinungsforschung. Allein 1 Million wird im Jahre 1970 ausgegeben für Longitudinalstudien unter Jugendlichen, die ihre erste Berufsarbeit aufnehmen, und unter älteren Menschen, die vor der Ruhestandsgrenze stehen. « Wir glauben », so erklärt der Chef dieser Abteilung, « dass unsere Arbeiten einen grossen Einfluss auf die Gesetzgebung haben. » Allerdings wird moniert: Die Fähigkeit der amerikanischen Regierung, Forschung zu kaufen, übersteigt bei weitem ihre Fähigkeit, für gute Forschung zu sorgen. Es fehlen Spezialisten für Meinungsforschung in den Ministerien.

Das *National Institute of Mental Health* gibt mehr Geld für Forschung aus als irgendeine Behörde in Washington. Das interne Forschungsbudget des National Institute lag 1966 bereits bei 17 Millionen Dollar, das Budget für externe Forschungsaufträge lag zwischen 60 und 70 Millionen. Davon wurden 20 Prozent für Verhaltensforschung ausgegeben, einschliesslich Psychologie und Sozialpsychologie. Für Survey Research gibt das National Institute of Mental Health schätzungsweise 50 Prozent des verfügbaren Budgets aus.

Neuere Beispiele: eine Umfrage über die amerikanischen Trinkgewohnheiten, der Auftrag ging an die Social Research Group der George Washington Universität, eine non profit-Einrichtung. Querschnitt 3000 Befragte. Ein anderes Beispiel: Der Einfluss der Persönlichkeitsstruktur auf politische und gesellschaftliche Einstellungen, ein Zwölfjahresprogramm, das von McClosky am Survey Research Center der Universität von Kalifornien (Berkeley) geleitet wird. Das *Office of Education* innerhalb des Department of Health, Education and Welfare hat 75 Studien in grossem Maßstab durchgeführt. Ein Beispiel ist die « National Achievement Study », die bis Ende 1970 etwa 3 Millionen Dollar verschlingen wird. Das Ziel dieser Untersuchung ist es, spezifische quantitative Informationen über den Bildungsfortschritt der amerikanischen Bevölkerung in vier Altersklassen zu untersuchen: 9, 13 und 17 Jahre, sowie 26-35. Der Querschnitt umfasst 120 000 Fälle. Vier Organisationen sind daran beteiligt, in den Interviews werden zahlreiche Tests durchgeführt. Nach einem Kommentar von Fachleuten ist dies die anspruchvollste Umfrage, die je durchgeführt wurde ¹.

Ein nicht unähnliches Projekt wird übrigens in Deutschland durchgeführt, finanziert von der Volkswagen-Stiftung, von Carl Christian von Weizsäcker in Heidelberg. Es wird die Basis abgeben für ein Fließmodell des deutschen Bildungswesens, so dass man am Computer alternative Entscheidungen der Bildungspolitik in ihren Resultaten überprüfen kann.

Aus diesen Forschungsaktivitäten geht hervor, dass die grossen Industriegesellschaften auf dem Wege über Sozialforschung eine bessere Infrastruktur

¹ "The Government as a Maker and Buyer of Research", *The Analyst*, September, October 1969, No 6/7, Vol. 1.

und eine wesentlich verbesserte Lenkungsfähigkeit erwerben werden ¹. Auch die direkte Demokratie bedarf solcher Unterlagen für die politische Planung. Was ist zu tun? Wenn man diese Frage einem Professor stellt, dann antwortet er meist: « ein Institut gründen ». Ich möchte diese Antwort hier nicht geben. Notwendig ist eine breite Forschungsökologie. Die Schweiz verfügt über eine bisher nicht in vollem Umfang ausgenutzte Forschungskapazität, und diese Kapazität lässt sich im übrigen durch stufenweisen Aufbau, durch Forschungsaufträge vergrössern. Sinnvoll wäre es, für Forschungsaufträge geeignete Leute an den Universitäten verantwortlich zu machen, diese Aufträge aber zum Teil über die bestehenden Institutionen, das heisst, über anerkannte Institute, die in der Schweiz Marktforschung und Meinungsforschung oder Erforschung der Massenmedien betreiben, durchzuführen. Die Gesellschaft der Zukunft wird entweder eine soziologisch aufgeklärte Gesellschaft sein, eine Gesellschaft, die viel über sich weiss, oder aber es wird eine Gesellschaft sein, in der man diejenigen, die darin Politik machen müssen, eines Tages bedauern wird.

¹ Diese Lenkungsfähigkeit, so hiess es in der Diskussion, sei im Interesse der Demokratie nicht erwünscht — ein merkwürdiges, fast an anarchistische Ideale erinnerndes Argument: als ob die Chancen der Demokratie um so besser würden, je schlechter ihre Institutionen sind.

